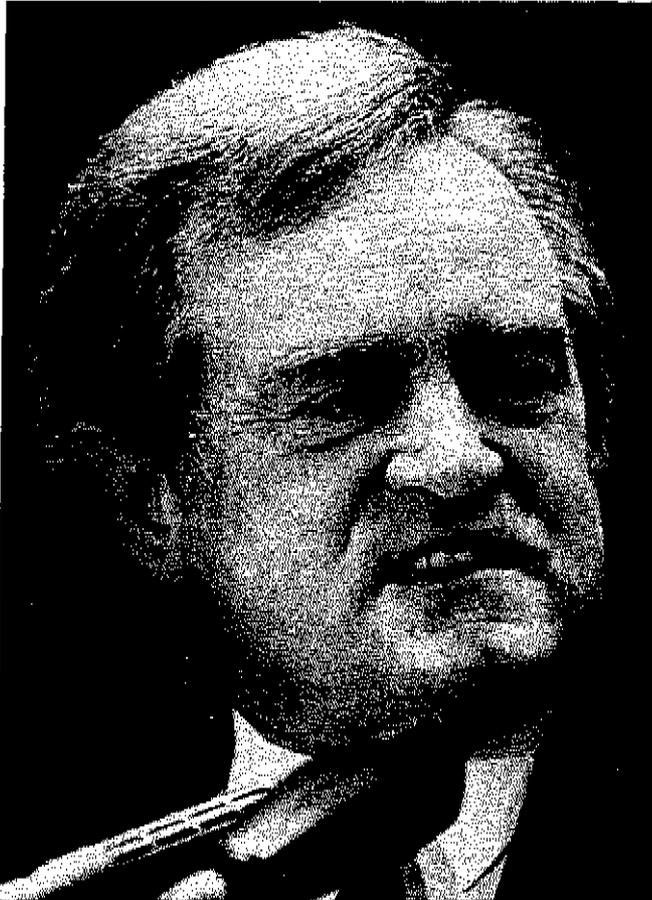


5. Grundsatzreferat des Landesvorsitzenden Johannes Rau



Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freunde!
Von der Stimmung eines Abends kann man nicht 5 Jahre leben, aber: Was war das für ein Abend, der 12. Mai. Das war ein guter Tag in der Geschichte unseres Landes. Erinnert Euch, wie wir in Hagen zusammen waren, Anfang Februar, wie wir auf die absolute Mehrheit gesetzt haben und wie ich immer wieder gesagt habe: Es geht um Nordrhein-Westfalen und um sozialdemokratische Führung und es geht nicht um Koalitionen. Wie viele haben einen beiseitegenommen und gesagt: Nimm den Mund nicht so voll. Wie viele haben gezweifelt, ob das wohl zu packen wäre. Stellt Euch vor, da hätte jemand in Leuchtschrift an die Wand geschrieben, was der 12. Mai bringen würde: 125 Direktmandate, 52,1 Prozent der Stimmen in Nordrhein-Westfalen.

Ich mache jetzt keine Wahlanalyse, aber ich sage: Das Maß der Veränderung, das dieser Tag gebracht hat, haben viele von uns und hat die Republik noch nicht begriffen. Denn die Hochburgen der Sozialdemokraten von Duisburg bis Hamm sind nicht geschliffen worden, wie

das manche vermutet hatten. Im Landtag wurden 26 neue Stühle angeschafft, weil die Zahl der Mandate stieg. Die Hochburgen, in denen man der CDU seit 1950 das Direktmandat gewissermaßen billigend zugestand, haben sozialdemokratisches Gepräge und Gesicht bekommen. Den wenigsten von uns ist das bewußt, was das heißt: Aachen I und II, der Kreis Aachen und dann der Wahlkreis II in Heinsberg, die beiden Dürener Wahlkreise und der letzte Wahlkreis in Köln, der rheinisch-bergische Kreis, die beiden Oberbergischen, die zwei Rhein-Sieg-Kreise, Mettmann III und Düsseldorf I und VI, die drei Wahlkreise in Neuss, Mönchengladbach, Viersen und Wesel, Steinfurt II und Münster II und Warendorf II, zwei Gütersloher Wahlkreise, Minden-Lübbecke, die beiden Wahlkreise in Soest, der Hochsauerlandkreis. Liebe Freunde, wie oft bin ich im Hochsauerlandkreis gewesen und die haben mir gesagt: Der Hochsauerlandkreis ist so groß wie das Saarland. Dann habe ich gesagt: Dann wählt auch mal wie das Saarland am 12. Mai. Und sie haben es getan im Hochsauerlandkreis. Das ist ein großer Erfolg.

„Die großen Städte unseres Landes haben sozialdemokratisches Profil.“

Die großen Städte unseres Landes haben sozialdemokratisches Profil. In der Bundeshauptstadt Bonn ist der CDU-Vorsprung auf 5,4 Prozent geschrumpft. Im Ruhrgebiet, auf das Kurt Biedenkopf vor 10 Jahren schon seine ganze Energie ansetzte und in das Bernhard Worms mit einem Suzuki-Planwagen fuhr, als sei das eine Gegend für Safarifahrten, im Ruhrgebiet hat die CDU noch einmal 17 Prozent verloren. Im Landesdurchschnitt sank sie um 15 Prozent auf 36,5.

Herausforderung für alle Sozialdemokraten

Ich mache Euch, Genossinnen und Genossen, diese Zahlen deutlich, nicht weil ich meine, wir wären hier so zum Feiern zusammengekommen, sondern weil ich glaube, in diesem Wahlergebnis liegt eine ganz große Herausforderung für uns alle und eine große Aufgabe für jeden einzelnen Sozialdemokraten. Denn jetzt geht es darum, nachdem wir die Pflöcke so weit vorangesteckt haben, nachdem Nordrhein-Westfalen das sozialdemokratische Stammland geworden ist, in der Bundesrepublik unsere Politik so zu betreiben, daß die Menschen, die neu hinzugekommen sind, auf Dauer bei uns eine politische Heimat finden. Jetzt geht es darum, zu erreichen, daß Nordrhein-Westfalen und seine SPD zeigen, wie ein Staat, wie eine

Gesellschaft ein menschlicheres Gesicht bekommen. Und jetzt geht es darum, zu zeigen: Das war nicht irgendein Ausschlag auf der Temperaturkurve, sondern das war Kurskorrektur für die ganze Republik.

Deutlich war das übrigens schon ein halbes Jahr vorher bei der Kommunalwahl. Damals zeigte sich, die SPD ist gut in Form, die SPD ist wieder da. Wir wurden die stärkste politische Kraft in Nordrhein-Westfalen, zum ersten Mal nach zwanzig Jahren. 38 Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister kamen dazu.

In beiden Wahlen steckt ein Potential an Bürgern, denen hat man die SPD-Stimme nicht an der Wiege gesungen. Sonst wären die Erfolge in den Kreisen, die ich genannt habe, nicht denkbar gewesen. In beiden Wahlen steckt, daß Menschen enttäuscht sind von dem, was CDU/CSU und FDP ihnen an Politik bieten und daß sie es mit uns einmal versuchen wollen.

Das sage ich jetzt, damit keiner hochmütig wird. Das sage ich, damit keiner glaubt, wir hätten schon alles eingefahren in die Scheuer parteipolitischer Siege. Nein, in diesen beiden Wahlergebnissen steckt ein Stück Vorschub an Vertrauen, und das dürfen wir nicht enttäuschen. Wir müssen jetzt versuchen, diese Menschen – Männer und Frauen, Junge und Ältere, Arbeitnehmer und Selbständige, Rentner und Arbeitslose – zu Menschen zu machen, die bei der SPD ihre politische Heimat finden. Nach meiner Überzeugung war ein solcher Wahlsieg nur möglich, weil wir auf klare Verhältnisse gesetzt haben.

„Wir wollen politische Verantwortung für die ganze Republik!“

Und ich füge das hinzu, das gilt für mich auch für die kommenden Auseinandersetzungen. Wir wollen nicht Teilhaber werden, wir wollen nicht Komplementäre werden, die Kommanditisten suchen, sondern wir wollen politische Verantwortung für die ganze Republik!

CDU hat sich noch nicht erholt

Unsere Siegeszuversicht war eine wichtige Voraussetzung für den Wahlerfolg. Wir setzten auf Mehrheit. Das war eine der wichtigen Voraussetzungen für den 12. Mai. Unsere Mitglieder waren motiviert. Die CDU wurde immer nervöser. Und sie hat sich von diesem erdrutschartigen Sieg der SPD bis heute nicht erholt. Nun gibt es keine Partei, die immer Siege hat. Und auch wir und auch viele, die hier sitzen, wissen das aus Ihrer kommunalpolitischen Erfahrung oder aus Landtagswahlen in den fünfziger und sechziger Jahren. Es kommt auch vor, daß man das Ziel nicht erreicht, daß die Meßlatte zu hoch ist. Ich bitte die Partei, wenn das einmal geschehen sollte, daß wir dann zeigen, wie man mit denen umgeht, die einmal verlieren und die nicht allein verloren haben.

„Wir hatten unsere Programmarbeit getan.“

Es gibt in einem solchen Wahlkampf in den Analysen derer, die ihn beschreiben und die ihn diskutieren, eine Menge von Legendenbildungen. Eine der Legenden, die ich immer wieder gehört habe, war, das sei ein völlig unpolitischer Wahlkampf gewesen. Ich will das hier nicht mit Ironie bedenken. Aber wie man sich zwei Mal auf eine absolute Mehrheit „hinzögern und zaudern“ kann, das fand ich schon ganz interessant. Ich sage: Das war kein unpolitischer Wahlkampf. Wir hatten unsere Programmarbeit getan auf den Parteitagen in Duisburg und Aachen. Und

wir haben unsere politischen Aussagen gemacht, aber wir haben eine Sprache geredet, die nicht die Sprechblagensprache mancher Politiker ist, sondern die so ist, wie Männer und Frauen in diesem Lande selber reden.

Das muß unser Stil bleiben, auch in den nächsten Jahren, die vor uns liegen. Mit „Friede, Freude, Eierkuchen“ war diese Wahl nicht zu gewinnen. Wir haben klar gesagt, was wir wollen und was wir können. Und wir haben klar gesagt, was wir nicht versprechen können und nicht versprechen werden. Und wir haben auch deshalb gewonnen, weil die Bürgerinnen und Bürger uns in Wirklichkeit in vielen Bereichen und auf vielen Feldern für kompetenter halten als die Union. Beim Umweltschutz, bei der Lösung der Ruhrgebietsprobleme und bei dem unverzichtbaren Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Noch einmal: Dieser erdrutschartige Wahlsieg am 12. Mai war nicht Sache einer Person, sondern es war der Siegeswille einer Partei. Es war die Geschlossenheit einer Partei, die Geschlossenheit nicht verwechselt mit der Langweiligkeit einer Schallplatte, sondern die Geschlossenheit und Bandbreite miteinander verbindet, und bei der Parteitage nicht nur zum Jubeln da sind, sondern zum diskutieren. Weil wir die Sorgen der Bürger hineinnehmen müssen in unsere Überlegungen und Entscheidungen. Weil wir das, was die Bürger bewegt, auch im Streit unter uns austragen müssen, um dann Lösungen zu finden, die der Mehrheit der Bürger glaubwürdig und akzeptabel erscheinen.

Wir haben das Haus gut bestellt

Ich habe vielen zu danken, vielen Referenten und Helfern, die ich gar nicht mit Namen kenne oder bei denen ich Namen und Gesichter nicht zusammenbringe. Aber wenn ich mich erinnere, wie ich damals gesagt habe, ich will die 151 Wahlkreise besuchen, da habe ich manchmal gedacht: Hätte ich das doch nie gesagt. Aber 150 habe ich besucht. Dabei sind mir die Vielen begegnet, ohne die gäbe es die 125 sozialdemokratischen Abgeordneten nicht. Und denen sollten wir öffentlich und deutlich unseren Dank aussprechen, wenn wir zusammenkommen.

Übrigens, bei einigen kenne ich die Namen, z. B. bei den Mitarbeitern meines Büros. Aber ich glaube, Ihr versteht das, wenn ich sage, wir haben auf diesem Parteitag auch allen Anlaß, Bodo Hombach und denen, die er um sich sammelt hatte, zu danken für diesen hervorragenden Wahlkampf und für die Arbeit, die da geschehen ist.

„Nordrhein-Westfalen ist das neue Stammland der Sozialdemokraten.“

Ich habe gesagt, Nordrhein-Westfalen, das ist das neue Stammland der Sozialdemokraten. Manche werden sich bei uns der Verantwortung, die damit verbunden ist, noch bewußt werden müssen und manche im anderen politischen Lager werden sich schmerzhaft an diese Einsicht gewöhnen müssen. Aber wir haben das Haus gut bestellt. Die Wählerinnen und Wähler haben politisch klare Verhältnisse geschaffen. Wir haben die Regierung gebildet. Diese Regierung hat einen neuen Zuschnitt und in diesem Zuschnitt werden die Schwerpunkte unserer Arbeit deutlich. Die neuen Inhalte unseres Programms sind an die richtige Organisation übergeben worden.

Die Regierungserklärung, die immer ein schweres Geschäft ist, die vorzulesen nie leicht ist, weil sie in einem Diskussionsprozeß zustande gekommen ist, bei dem nicht der Satzbau entscheidet, sondern die Gewichtung der Probleme, diese Regierungserklärung hat Perspektiven für die nächsten 5 Jahre aufgezeigt und Akzente und

Aktionen angekündigt. Sie stehen unter dem Stichwort – und es ist schade, daß man es nur mit Fremdwörtern sagen kann – der ökologischen und der ökonomischen Erneuerung der Industriegesellschaft.

Das werden wir nun 5 Jahre lang zu zeigen haben im Parlament und Regierung und Partei. Und wir wissen, wir zeigen das in einer Zeit, die, was das Geld angeht, außerordentlich schwierig ist. Diese Etatberatungen im Kabinett waren kein Kaffeekränzchen, auch wenn nicht alles stimmt, was man darüber liest. Unter schwierigsten Bedingungen, über die noch zu sprechen sein wird, haben wir einen Haushalt beschlossen und das, was die Schwerpunkte der Regierungserklärung sind, übersetzt in Zahlen. Ich hoffe, wir bringen das durch.

Wir bringen das nur durch, wenn und weil Regierung und Fraktion sich nicht auseinanderverdividieren lassen, weil die Fraktion, die zu kontrollieren hat, das solidarisch tut, und weil sie eigene Anstöße in den Landtag einbringt. Weil Regierung und Fraktion und Partei in Ordnung sind, nicht stromlinienförmig, nicht konturenlos, nicht mit einheitlichen Temperamenten – was wäre das für eine trostlose Welt –, sondern indem jeder das, was er an Gaben hat, einbringt und umsetzt in Chancen für sozialdemokratisches Handeln.

NRW hat 11 Milliarden Mark eingezahlt

Dabei ist eine Melodie nicht zu Ende, von der ich glaubte, am 12. Mai sei der letzte Tanz geschwungen worden, nämlich der Gesang der Opposition, Nordrhein-Westfalen sei ein sterbendes Land, sei das Armenhaus der Republik, die Südstaaten hätten längst gewonnen. Was muß man für eine verzerrte Optik haben, um so etwas für wahr zu halten oder weiterzugeben. 35 Jahre lang gibt es jetzt einen Finanzausgleich zwischen den Ländern. 2 Jahrzehnte hat Nordrhein-Westfalen in diesen Länderfinanzausgleich über 11 Milliarden eingezahlt. Ein Land partizipiert seit 34 Jahren Jahr für Jahr am Ausgleich, weil seine Steuerkraft nicht ausreicht, weil seine Finanzkraft zu gering ist: Der Freistaat Bayern – seit 34 Jahren. Und wir hören die, die vom Ausverkauf Nordrhein-Westfalens reden, und wir fragen uns, warum reden die so?



Natürlich ist über einiges kritisch zu reden, auch über das, was Friedhelm van den Mond eben gesagt hat, über die Verlagerung des Firmensitzes einer Gesellschaft von Oberhausen nach Bayern, die seit 60 Jahren das Schwergewicht ihrer Aktivitäten in Süddeutschland hat. Aber könnte es nicht sein, daß manche so reden, weil sie ein Land nicht mögen, in dem es soviel mitbestimmte Betriebe gibt wie in Nordrhein-Westfalen? Könnte es nicht sein, daß manche so reden, weil sie lieber von Ländern reden, in denen der Organisationsgrad der Gewerkschaften geringer ist? Könnte es sein, daß manche so reden, wie sie reden, weil sie aus Nordrhein-Westfalen nicht nur das Armenhaus machen wollen, weil sie Nordrhein-West-

„Wir müssen jetzt die Frage nach der Gerechtigkeit zwischen Ländern und dem Bund zu einem Thema machen.“

falen seit Jahren und Jahrzehnten seinen gerechten Anteil an Steuern und Finanzen verweigern, so daß wir zum Bundesverfassungsgericht gehen müssen, um dort Antwort zu bekommen? Ich weiß, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen, das alles sind spröde Themen. Aber so wie wir 1980 die Frage nach der Zweidrittel-Mehrheit im Bundesrat zu einem Thema gemacht haben, das die Bürger begriffen haben, so müssen wir jetzt die Frage nach der Gerechtigkeit zwischen Ländern



und dem Bund zu einem Thema machen. Vor allen Dingen in einer Zeit, in der der Bund Arbeitslosengeld kürzt, Sozialhilfe steigen läßt und die Länder dann sehen können, wie sie zurechtkommen mit den so veränderten Finanzströmen. Ich fände das ganz originell, wenn der Bund im Falle der Steuersenkungen einmal die Steuern senkte, die seine Steuern sind, und nicht nur immer die von Ländern und Gemeinden. Das schiene mir gerechter. Nein, wir haben allen Grund, den verzerrten Darstellungen unseres Landes entgegenzutreten, denn wer so redet, der trifft nicht nur das Land, der will auch die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften treffen.

Die SPD braucht wieder viele junge Leute

Die politischen Wirkungen des 12. Mai, so habe ich gesagt, sind noch nicht bewältigt. Es wissen nicht alle, was das bedeutet. Nun gehöre ich nicht zu denen, die der Meinung sind, wir müßten uns in die Personalquerelen der Union hineinbegeben. Es ist eine riesige Variationsbreite, die einem da begegnet. Aber ich meine, die Tatsache, daß die CDU sich anschickt, einen einheitlichen Landesverband zu gründen, an dessen Spitze der gegenwärtige westfälische Vorsitzende stehen könnte, die sollte uns schon aufmerksam machen. Wir sollten schon überlegen, was sich dahinter vollzieht und was damit gemeint ist und was das bedeuten kann, für unsere Organisationskraft in unserem Landesverband. Und ob wir nicht miteinander eine neue Anstrengung machen müßten, damit die Sozialdemokraten nicht nur das Stammland der Wähler sind, sondern damit wir uns auch in der Mitgliederdichte vergleichen können mit anderen Ländern und Unterbezirken. Ich möchte Euch bitten, in den vor uns liegenden Monaten wieder Menschen danach zu fragen, ob sie nicht mitarbeiten wollen in der SPD. Ich möchte Euch bitten, darauf zu achten, daß bei aller Neigung zum Organisationsüberdruß die SPD wieder viele junge Leute braucht, auch wenn die unbequem sind, die uns helfen in den Orts-

„Wir wollen eine andere Politik.“

vereinen und in den Arbeitsgemeinschaften, und daß wir hier eine große Anstrengung machen müssen.

Zur Bundesregierung fällt mir nicht viel mehr ein, als was in dem Grußwort schon angesprochen wurde. Aber ich gestehe, daß es mir gelegentlich so geht – auch wenn man die Ressorts nicht so vergleichen kann, die sind ja zum Teil unterschiedlich zugeschnitten –, wenn ich bestimmte Bundesminister im Fernsehen sehe, daß ich dankbar bin für die, die mit mir im Kabinett zusammenarbeiten. Wenn ich Zimmermann sehe, freue ich mich, daß es Herbert Schnoor gibt, unsere Alternative. Und jetzt könnte ich das fortsetzen und könnte sagen – soll ich mal? –, ja bei Kiechle und Matthiesen fällt mir das auch noch sehr, sehr leicht. Aber ich denke, wir müssen jetzt hier nicht Zeugnisse ausstellen, und keiner soll denken, wer noch nicht genannt ist, ist nicht gemeint. Ein paar Punkte gibt es, da müssen wir in den Personen und in der Sache deutlich machen, daß wir eine andere Politik wollen. Daß wir z. B. das Demonstrationsrecht schützen, weil es die Pressefreiheit des kleinen Mannes ist und daß wir das deutlich machen, als die eigentliche liberale Partei.

Die 80er Jahre sind in Nordrhein-Westfalen die Jahre der sozialdemokratischen Alleinregierung. Das ist nicht immer so gewesen. Noch in den 60er Jahren war es sogar noch im Ruhrgebiet anders. Diese Strukturveränderungen, diese Leistungen machen deutlich: Die SPD ist die Partei, die zu den Menschen hier paßt. Und darum wollen wir durch unser Tun, durch unser Verhalten, durch unsere Politik zeigen, was Politik eigentlich ist. Und da sage ich wieder den schlichten und den Vielen unpolitisch scheinenden Satz, aber ich meine ihn so: Politik ist nichts als der mühsame Versuch – von der Bezirksvertretung bis zum europäischen Parlament – das Leben der Menschen jeden Tag ein bißchen menschlicher zu machen.



Und darum lohnt sich dieser Einsatz. Und wer das unpolitisch findet, dem sage ich: Mir ist es lieber, man kann das mit so einfachen Worten deutlich machen, als daß man dem, der uns wählt, erst ein Fremdwörterlexikon in die Hand geben muß, damit er uns versteht.

Helmut Kohl muß eine Episode bleiben

Nun folgt aus diesem Wahlergebnis etwas Nötiges und Schwieriges. Nämlich, daß wir der Kontrapunkt werden und sind zu der Regierung, die es in Bonn gegenwärtig gibt. Daß wir so politisch handeln, daß aus Helmut Kohl keine Epoche wird, sondern daß er eine Episode bleibt. Das ist unser Ziel. Wir merken auch jetzt nach diesem Datum, aus vielen Zahlen: Es gibt immer mehr Menschen, die halten das für nötig – einen Kontrapunkt und ein Ge-



„Wir widerstehen der sozialen Demontage.“

gengewicht mit allen legalen, mit allen legitimen Mitteln. Wir widerstehen der sozialen Demontage, wir widerstehen der Umverteilung von unten nach oben, wir stehen ein für Liberalität und Freiheitsrechte. Wir werden dafür sorgen, daß kein eifertiger Politiker in Bonn Schnüffelapparate einrichten kann. Wir wollen Raum schaffen für konstruktives Nachdenken auch über die Zukunft unseres Volkes, auch für Fragen der Sicherheit. Raum schaffen, keine bornierten Denkverbote, aber auch keine Waldspaziergänge auf Wolken, sondern konkrete Schritte in die richtige Richtung. Und dieses Gegengewicht, das müssen wir sein, und das wollen wir sein, trotz der eingeschränkten Möglichkeiten, die wir haben.

Wir müssen Akzente setzen, wo der Bund das nicht tut. Aber wir können nicht die Ausfallbürgschaft für die gesamte Bonner Politik übernehmen. Und aus dieser Schwierigkeit kommen wir nur durch sachgerechtes Handeln heraus. Ich will ein Beispiel nennen.

Viele erinnern sich ja an das Jahr 83, als wir die Plakate mit der Lehrstellengarantie des Kanzlers sahen. Merkwürdig – 84 haben wir sie nicht gesehen, die Plakate, 85 waren sie nicht geklebt. Vielleicht, weil sie 83 schon in Wirklichkeit der Versuch waren, aus jungen mündigen Staatsbürgern Stimmvieh zu machen, indem man ihnen etwas vortäuschte. Und dieser Versuch ist mißlungen.

Wir in Nordrhein-Westfalen werden im Haushalt des nächsten Jahres noch mal 100 Millionen Mark drauflegen. Dann werden es 750 Millionen Mark sein, damit jeder junge Mensch, der eine Ausbildung will, auch ein Ausbildungsangebot bekommt. Das ist die nordrhein-westfälische Antwort auf den Lehrstellenmangel, mit dem wir es zu tun haben.

„Die Bonner Koalition ist offenbar nicht die Koalition der Mehrheit der Bürger.“

Nur – ohne die Mitglieder und die Delegierten, ohne die Mitarbeit der Kommunen läßt sich das nicht übersetzen. Denn wir müssen ja nicht nur Faltblätter haben, sondern wir müssen die jungen Menschen erreichen und begleiten, die dieses Angebot nutzen sollen. Und weil wir das tun müssen, darum brauchen wir das Gespräch mit den jungen Frauen und Männern stärker als bisher. Die Bonner Koalition ist offenbar nicht die Koalition der Mehrheit der Bürger, sondern nur die der Mehrheit der Mandate. Und darum reicht es nicht, wenn wir die Fehler der Bundesrepublik vor die Türen der Länder und Gemeinden gekippt kriegen. Wir können sie nicht da wegschaffen.

Betriebe in die Pflicht nehmen

Ich habe das gesagt, Genossinnen und Genossen, damit wir daran denken, wenn wir über die Finanzierung der beruflichen Bildung miteinander reden. Unsere Position ist klar. Ich habe im Landtag bei der Regierungserklärung gesagt, was wir in Aachen beschlossen haben: Betriebe, die ausbilden können und sich zu Lasten anderer Betriebe der Ausbildungsverantwortung entziehen, müssen sich an den Kosten der Ausbildung beteiligen. Das halten wir für eine moralische Pflicht.

Die Landesregierung wird im Bundesrat eine Initiative einbringen für eine allgemeine und bundeseinheitliche Beteiligung der nichtausbildenden, ausbildungsfähigen Betriebe an der Finanzierung der Berufsausbildung. Die sozialdemokratisch geführten Länder werden das in diesem Jahr tun, zeitgleich mit der Bundestagsfraktion, und wir sollten dann deutlich machen: Dies ist keine Straffaktion gegen Handwerker. 85 Prozent der Auszubildenden in der Bundesrepublik werden in kleinen und mittleren Betrieben ausgebildet, und wir sollten denen danken, die sich dieser Pflicht unterziehen. Aber wir sollten die nicht aus ihrer auch finanziellen Verantwortung entlassen, die auf Ausbildung verzichten und dann in Reden vor Kongressen ständig über den Facharbeitermangel reden, den sie selber verursacht haben. Laßt uns nicht darüber spekulieren, was nach der Beratung dieses Gesetzes im Bundestag und im Bundesrat geschieht. Noch ist das Gesetz nicht gescheitert. Es gibt erste Anzeichen dafür – auch gestern wieder –, daß die Blöcke sich ein wenig auflösen. Und im übrigen: Wir wollen doch, so wie wir in diesem Jahr aus der Zahl der sozialdemokratisch geführten Länder fünf gemacht haben, vorher waren es vier, so wollen wir doch im nächsten Jahr, daß es sechs werden, daß Gerhard Schröder in Niedersachsen dazu kommt, damit wir den Sozialabbau stoppen können in der Bundesrepublik.

Jeder weiß, das Land bestimmt nicht über seine Einnahmen; darüber entscheiden die Organe des Bundes. Seit

drei Jahren erleben wir eine Politik, die nicht nur zu Lasten der kleinen Leute geht, sondern auch zu Lasten der Länder und Gemeinden: Von der Vermögenssteuersenkung bis zu Steuergeschenken an die Großbauern – nicht an die Landwirte, sondern an Großbauern –, vom ständigen Anwachsen der Steuersubventionen über Sonderabschreibungen bei gewerblich genutzten Gebäuden bis hin zu der verfehlten Steuerreform '86 und '88.

Unser Land wird ungerecht behandelt. Wir werden benachteiligt und wir klagen. Dennoch haben wir trotz der engen Finanzlage Prioritäten gesetzt, und wir werden weiter politische Schwerpunkte deutlich machen. Wir haben ein insgesamt erfolgreiches Ruhrprogramm finanziert. Wir statten die Gemeinden am besten von allen Bundesländern aus. Wir leisten im Ländervergleich überdurchschnittlich viel beim Wohnungsbau, bei der Städtebauförderung, bei der Weiterbildung, beim Umweltschutz, bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Ich sage ganz offen: Wir werden nicht alle Aktivitäten im bisherigen Umfang durchhalten können.

Wir haben in Duisburg einen mittelfristigen Pfad der Haushaltskonsolidierung beschlossen und diesen Kurs in Aachen bestätigt. Ich habe in der Regierungserklärung dazu gesprochen und deutlich gemacht, wie wir klare Prioritäten durch kräftige Umschichtungen schaffen wollen. Das war nicht leicht und ganz gewiß wird das auch in den Diskussionen dieses Parteitages eine Rolle spielen. Ich sage aber gleich, bei allen Anträgen, die hier gestellt werden, müssen wir wissen, wo sie finanzielle Auswirkungen haben, an welcher anderen Stelle gestrichen wird. Bei dem Finanzierungsvorbehalt, den üblicherweise der Finanzminister aussprechen muß, hat mich Diether Posser an seiner Seite, denn wir brauchen diesen Finanzminister und seine Konsolidierungspolitik.

Liebe Freude, dies ist ein Landesparteitag. Das machen auch die Anträge deutlich, wo es um landespolitische Positionsbestimmungen geht, um Weiterentwicklung des Aachener Programms. Ich will den Antragsberatungen nicht vorgreifen, aber ich denke, in einem Punkt hat der Landesparteitag Anspruch darauf, schon jetzt zu erfahren, wie der Landesvorsitzende, der Ministerpräsident, denkt. Ich meine den Schnellen Brüter in Kalkar.



Hier stehen wir alle und hier steht die Landesregierung vor einer schwierigen Entscheidung, und wie immer letztlich über die Inbetriebnahme oder die Nichtinbetriebnahme entschieden wird, was immer wir politisch dazu sagen, was immer wir rechtlich als Genehmigungsbehörde im Wege der Auftragsverwaltung des Bundes tun können oder nicht tun können, wird weit über unser Land hinaus Bedeutung haben, und es wird weitreichende Folgen haben.



Ich bekenne ganz deutlich, in den letzten Jahren haben sich die Zweifel erheblich verstärkt, ob mit dem Schnellen Brüter ein zweckmäßiger und verantwortbarer Weg zur Sicherung der Energieversorgung eingeschlagen wird. Viele Annahmen, die, als die Planungen begonnen wurden, unstrittig waren, haben nach der Meinung der Experten heute keinen Bestand mehr; das reicht von den immer wieder nach unten revidierten Prognosen beim Stromverbrauch bis hin zu der langfristigen Versorgung mit angereichertem Uran.

Brüter in Ruhe neubewerten

Ich werbe dafür, daß wir in den nächsten Wochen und Monaten in Ruhe und mit Sorgfalt einen Prozeß der Neubewertung der Brütertechnologie einleiten, daß wir mit allem verfügbaren Sachverstand alle rechtlichen Fragen durchdenken und daß wir politisch diskutieren, welchen Nutzen eine solche Anlage heute noch hat. Für mich wiegt am schwersten die Tatsache, daß wir seit dem Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom September 1979 bei der Lösung der Entsorgungsprobleme in der Bundesrepublik keine realen Fortschritte zu verzeichnen haben.

„Bei der Lösung der Entsorgungsprobleme in der Bundesrepublik haben wir keine realen Fortschritte zu verzeichnen.“

So gibt es manche, die bei dieser Sachlage jahrelang ein einfaches „Nein“ sagen wollen. Ich kann das nachempfinden, aber ich bitte Euch, nicht dieser Leitlinie zu folgen. Denn die Landesregierung ist ja nicht nur die politische Vertretung der Menschen und der Natur im Lande – das wollen wir wohl sein mit geschärftem Gewissen – wir sind doch auch Genehmigungsbehörde, und da werden wir sorgfältig jeden rechtlichen Schritt abzuwägen haben. Wo verfassungsmäßige Zweifel bestehen, müssen sie geklärt werden. Wo rechtliche Prüfungen nötig sind, müssen sie mit peinlicher Genauigkeit durchgeführt werden.

Wo wir ein Ermessen haben, müssen wir unter Beachtung aller zulässigen Sachargumente entscheiden. Aber wir dürfen eben nicht sachfremde Erwägungen an die Stelle sachgerechter Ausfüllung der Ermessensentscheidungen stellen.

Das erfordert Geduld und Zurückhaltung, wo manche gerne klar klingende Festlegungen wollen. Ich bitte, den Weg freizumachen zu neuen Verhandlungen mit der Bundesregierung bei der Neubewertung des Brüters. Ich will, daß alle Zweifel, Bedenken, Einwände sorgfältig geprüft werden. Und wenn am Ende des Prozesses die Zweifel bekräftigt und die Einwände bestätigt sein sollten, dann zögere ich nicht, öffentlich zu sagen: Das war ein Irrweg, laßt uns umkehren, ehe es zu spät ist. Aber nicht am Anfang des Prozesses, sondern am Ende der Verhandlungen und der Neubewertung, nach sachgerechter Prüfung. Und deshalb bitte ich den Parteitag um Zustimmung zu dem Antrag aus Münster in der Fassung der Antragskommission, der genau diesen Prozeß will und deutlich macht.

Dann wünschte ich mir zusätzlich, liebe Freunde, daß wir bei unseren zukünftigen Debatten nicht nur über ein Projekt sprechen, so wichtig es ist, sondern daß wir auf der Basis des Energieberichtes, den wir vorgelegt haben und der eine Fundgrube ist, bundespolitisch zu einer energiepolitischen Diskussion kommen. Wer, wenn nicht die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen, soll denn die Energiedebatte führen? Wer soll denn ein umfassendes Energiekonzept erarbeiten? Wer, wenn nicht wir, kümmert sich um die Zukunft der Kohle, um die Arbeitsplätze im Bergbau, um die umweltverträgliche Gewinnung und Verwendung der Kohle?

Und darum greife ich gern die Anregung der Antragskommission auf: Wir sollten auf einem Sonderparteitag ein energiepolitisches Gesamtkonzept vorlegen, in dem Energiesparen und Kohlevorrang Eckpfeiler sind für eine ökologisch verantwortbare Strategie in den neunziger Jahren.

Wir in NRW haben gute Chancen

Aber auch hier, Genossinnen und Genossen, gilt, wenn man das durchsetzen will, dann brauchen wir nicht bloß die Mehrheit hier in Düsseldorf, dann brauchen wir die Mehrheit in Bonn im Bundestag und im Bundesrat. Und die bekommt auf Dauer nur, wer die Menschen davon überzeugt, daß sein Weg sicherer, sozialer und umweltverträglicher ist. Wir können die Mehrheit in Bonn nur erringen, wenn wir in Nordrhein-Westfalen erfolgreich regieren. Wir stehen für das Konzept der ökonomischen und der ökologischen Erneuerung unseres Industrielandes. Wir haben in Nordrhein-Westfalen gute Chancen, den wirtschaftlichen Strukturwandel erfolgreich zu meistern.

Ich habe wegen der Gutehoffnungshütte viele persönliche Gespräche geführt. Die Entscheidung ist anders gefallen, als ich es mir gewünscht hätte. Das ist schmerzlich für Oberhausen, für das Revier und für unser Land. Aber so ist das, daß die Kapitaleigner entscheiden. Und daß sie die Konzernspitze gern dorthin haben möchten, wo der Konzern die meisten Probleme hat. Ein Anlaß für Tatarenmeldungen ist das nicht. Denn die Wirklichkeit ist anders. Die Wirklichkeit ist so, und das müssen wir weiter sagen, daß wir Siemens nach Witten geholt haben mit dem Zentrum für Mikroelektronik. Daß Elmos in Dortmund Chips produziert, daß Haindl in Duisburg sein Unternehmen aufbaut und ausbaut. Daß das Wachstumspotential im Land gestärkt wird, daß Babcock dafür ein Beispiel ist. Daß Hoesch längst kein reines Stahlunternehmen mehr ist. Und daß wir Erfolg haben bei den Umwelt-

technologien: Ein Drittel der Forschung findet in Nordrhein-Westfalen statt, ein Drittel der Produktion läuft in Nordrhein-Westfalen, mehr als ein Drittel der Exporte von Umweltechnologien kommt aus Nordrhein-Westfalen.

Wir haben die Kraft und wir haben die Möglichkeiten, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und zurückzugewinnen. Der Maßstab für unser politisches Handeln, ich habe das Wort oft gebraucht, ist solidarische Gesellschaft. Solidarische Gesellschaft, d. h. doch nicht, daß man den Schwachen sagt, nun seid mal nett solidarisch untereinander, sondern d. h. das Bündnis derer, die Solidarität brauchen, mit denen, die Solidarität wollen. Die Werte, auf die wir bauen, sind nicht neu zu definieren. Sie heißen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Dieser Weg ist nur zu gehen, wenn wir den mühevollen Dialog mit allen Gruppen unserer Gesellschaft suchen. Wenn es da um uns alle geht. Nicht, daß wir in Schlagzeilen einen Hoffnungsträger entdecken je Bundesland, sondern daß die Millionen Sozialdemokraten in der Bundesrepublik eine Million Hoffnungsträger sind, im Gespräch mit dem Nachbarn, dem Bürger und dem Kollegen.

Grundsätzliche Weichenstellung

In Ahlen wird von der Politik der sozialen Erneuerung zu sprechen sein. Ich will nichts vorweg nehmen. Aber das muß uns bewußt bleiben: Die Siege an der Saar und in Nordrhein-Westfalen, so wichtig sie waren, reichen nicht aus, wenn wir wesentliche Korrekturen in der gegenwärtigen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik wollen.



Wir werden in den wichtigsten Problembereichen unsere Vorstellungen und die Grenze unserer Möglichkeiten deutlich machen müssen. Daß die gegenwärtige Bundesregierung verschlissen ist, brauchen wir nicht bekanntzugeben, das wissen die Menschen. Daß wir Fehler und

„Wir betreiben keine Oppositionsstrategie à la Sonthofen.“

Pannen anprangern, das ist gut und schön – aber wir betreiben keine Oppositionsstrategie à la Sonthofen. Bei der Bundestagswahl geht es um eine grundsätzliche Weichenstellung für die Zukunft: Es geht darum, ob in schwierigen Zeiten mehr Solidarität gebraucht wird oder weniger, ob Sozialpolitik etwas ist für die schönen Tage und Monate oder ob Sozialpolitik wichtig wird, wenn schwierige Zeiten durchzustehen sind. Das ist die Frage, um die es geht.

Solidarität derer, die sie brauchen, mit denen, die sie nicht unbedingt nötig haben – dazu laden wir ein zu alten und neuen Bündnissen: Die Gewerkschaften, Menschen

aus Kirchen und Verbänden, aus dem Bereich des Sports, aus dem sogenannten vorpolitischen Raum. Die Alternative zur solidarischen Gesellschaft ist die Ellenbogengesellschaft, und wer wissen will, wie Sozialabbau aussieht, schleichender Sozialabbau, dem können wir die Stichworte ja nennen: Von den individuellen Krankenversicherungsbeiträgen der Rentner über verschärfte Voraussetzungen für Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, Ausschluß von Krankenversicherungsleistungen, Senkung der Arbeitslosenunterstützung, Kürzung der Anrechnung bei Kuren, selbst bei Schwerbehinderten, Erleichterung befristeter Arbeitsverträge, Einschränkung der Mitbestimmung. Das ist schleichender Rückschritt, schleichende Rücknahme sozialer und liberaler Rechte, und das hat auf Dauer tiefgreifende Folgen.

„Wir können versprechen, daß wir den starken Schultern etwas mehr zumuten wollen als den schwachen.“

Nun setzen wir Sozialdemokraten gegen diese schleichende Rücknahme nicht die großen Vokabeln, sondern die kleinen Verbesserungen und die beharrlichen Fortschritte. Keiner von uns kann versprechen, daß über Nacht alles besser wird, daß wir alle Probleme lösen. Aber wir können versprechen, daß man bei unserer Politik unsere Wertvorstellungen noch erkennt. Und wir können versprechen, daß wir den starken Schultern, die vieles tragen können, etwas mehr zumuten wollen als den schwachen, die kaum belastbar sind. Deshalb setzen wir auf Solidarität und auf Einsicht.

Ich glaube, dafür gibt es eine Mehrheit. Ich glaube, es gibt eine Mehrheit der Menschen, die wissen, eine solidarische Gesellschaft ist humaner und sie ist friedlicher. Deshalb brauchen wir nicht nur die Zustimmung derer zum Sozialstaat, die den Sozialstaat selber brauchen, sondern wir brauchen den fairen Ausgleich, und wir brauchen die Bereitschaft, die Tugenden der Menschen zu fördern. Beharrlicher Fortschritt, bescheidene Schritte, das ist die eigentliche Alternative zur Rücknahme im Bereich der Sozialpolitik und zum gesellschaftlichen Rückschritt.

Aussteigen hilft der Umwelt nicht

Das kann man dann an konkreten Beispielen deutlich machen. Ich nenne eines: Da sind die Arbeitslosenbeiträge um 1 Promill gesenkt worden, das ist Augenwischerei. Das bringt dem Arbeitnehmer 1,50 Mark, dem Arbeitgeber auch. Für alle zusammen macht das 750 Millionen Mark. Genau die Summe, die ich Euch eben als den Beitrag Nordrhein-Westfalens gegen die Ausbildungsnot genannt habe. Was wäre das für eine Bundesregierung, was wäre das für ein anderer Akzent, wenn nicht die 0,1 Prozent zurückgegeben worden wären, sondern wenn mit diesen 750 Millionen Mark ein Ausbildungsbeschaffungsprogramm für junge Leute geschaffen worden wäre, damit sie Arbeit finden, damit sie sich nicht überflüssig vorkommen in unserer Gesellschaft. Ich füge hinzu, wir Sozialdemokraten müssen deutlich machen, wo unsere Alternativen sind, ich sage noch ein Beispiel. Das zweite Beispiel ist für mich die Umweltpolitik. Wer sich das angesehen hat auf den Messen, in Tokio und in Hannover, oder jetzt in Wien, der ist fasziniert von dem, was unsere Unternehmen zustandebringen. Freunde, ich sage: Die Umweltechnologie hat die gleiche Faszination wie die Raumfahrt, aber sie bringt sehr viel mehr Verbes-

serung für die Lebensqualität. Wir müssen es nur deutlich machen, daß das unsere Priorität ist.

Darin unterscheiden wir uns von kleinen Gruppen, daß wir sagen: Umweltpolitik, das geht nicht durch Ausstieg aus der Industriegesellschaft, dazu sind die Schäden viel zu groß, sondern das geht nur, indem die Industriegesellschaft alle ihre Mittel einsetzt, damit Schäden behoben werden und damit nur noch Regenerierbares verbraucht wird. Das ist das Thema.

Und da sage ich: Das gelingt nicht, wenn wir nicht Intelligenz und Phantasie der Techniker und der Ingenieure, der Konstrukteure und der Erfinder erreichen. Bloß müssen wir dann diesen Konstrukteuren und Erfindern, diesen Ingenieuren, diesen Technikern deutlich machen: Bei uns ist Platz für sie. Wir wollen ihnen zuhören. Wir wollen mit ihnen arbeiten. Wir sind nicht die Partei mit der Angst vor der Technik, sondern wir sind die Partei, die Technik einsetzen möchte zu lebenswürdigerem Leben. Das ist eine gigantische Anstrengung der Forschung und eine große Herausforderung für die 80er und 90er Jahre.

„Technik an sich ist nicht gut oder schlecht. Die Frage ist, was man damit tut.“

Technik an sich ist nicht gut oder schlecht, es ist die Frage, was man damit tut. Das gilt im Grunde für jede Entwicklung, Entdeckung und Erfindung. Mit den Mitteln der Industriegesellschaft diese Industriegesellschaft humaner machen, das ist die Aufgabe der Zukunft und das muß eine Sache der Techniker werden, der Ingenieure, aber auch der Facharbeiter. Und darum sagen wir: Wenn der technische Fortschritt unaufhaltsam ist und wenn keiner von uns ihn aufhalten will, dann ist die Frage, wie er auf den Menschen wirkt, noch wichtiger, und dann ist mehr Mitbestimmung die notwendige Folge von Technik und nicht weniger Mitbestimmung.

Solidarität zwischen den Geschlechtern

Es ist schon merkwürdig, wenn die Union hier die Mitbestimmungsrechte eingrenzen und ausbauen will. Nimmt sie eigentlich nicht zur Kenntnis, daß in Japan Industrie- und Handelskammern Seminare machen über die positi-



ven Ergebnisse der Mitbestimmung bei uns, für Produktivität, für Betriebsklima, für soziales Gefüge. Es ist schon merkwürdig, gelegentlich begegnet man Politikern, die halten große Reden auf freie und starke Gewerkschaften – aber nur, wenn die sich in Polen befinden. Das schmeckt mir nicht.

Solidarität, Freunde, nicht nur zwischen Stärken und Schwachen, auch zwischen Generationen und zwischen Geschlechtern. Hier gibt es Fehlentwicklungen, die sind zu korrigieren. Hier müssen wir die Partei fragen: Helfen wir, damit die Jusos und die Falken ermuntert werden, damit sie wieder breite Resonanz suchen, damit sie wieder Bewegungen werden, damit sie wieder die Sorgen der jungen Menschen wirklich an uns heranbringen und uns helfen, mit jungen Menschen zu sprechen!



Es gibt eine aktuelle Debatte. Antje Huber hat gesprochen über die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Partei. Wir wollen da deutliche Zeichen setzen. Ich habe die Empfehlung der Gleichstellungskommission in einem Brief den Bezirksvorsitzenden weitergeschickt, und ich bitte alle, laßt das nicht Papier bleiben, was die

„Wir sind dabei, in der Landesregierung die Repräsentanz der Frauen zu stärken.“

Partei am 16. September beschlossen hat. Wir sind dabei, in der Landesregierung die Repräsentanz der Frauen zu stärken, und ich werde das Zugesagte so schnell wie möglich einlösen.

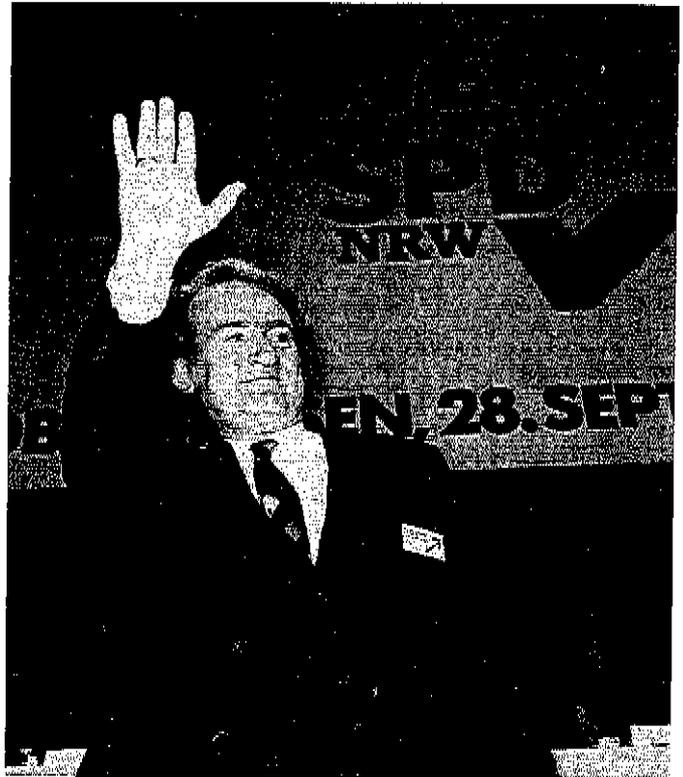
Liebe Freunde, laßt mich noch zwei Bemerkungen ansprechen, weil ich die für unverzichtbar halte. Das eine ist die Entscheidung vom 16. September, die Willy Brandt eine Vorentscheidung genannt hat und die stärker bundespolitische Aufgaben für mich, den Landesvorsitzenden, in den Blick nimmt. Es sind noch 68 Wochen bis zur Bundestagswahl. Ich habe mir das Sommertheater nicht gewünscht. Es war offenbar unvermeidbar, aber ich sage auch nach diesem Sommertheater: Wir wollen die Bundesrepublik nicht mit einem Dauerwahlkampf überziehen. Die Bürgerinnen und die Bürger erwarten zu Recht, daß jeder seine Aufgabe da wahrnimmt und seine Arbeit tut, wo er seine Verantwortung trägt. So werde ich handeln.

Ich will in Ahlen meine Vorstellungen dartin über die soziale und die ökologische Erneuerung in Frieden. Ahlen hat dabei einen besonderen Reiz. Da kann man deutlich machen, daß wir es heute mit einer anderen CDU zu tun haben, mit einer, die eine Interessenspartei geworden ist und keine Volkspartei mehr ist. Und da kann man die Frage stellen, wer die Lasten der Krise trägt. Und bei allen Spekulationen über „Zögern und Zaudern“ und „ist er

„Wenn ich im August nächsten Jahres ein Mandat der Partei bekomme, dann will ich auch Kanzler werden, Kanzler aller Bürger.“

Kandidat oder ist er nicht Kandidat“, sage ich: **Wenn ich im August nächsten Jahres ein Mandat der Partei bekomme, dann will ich nicht Kanzlerkandidat werden, dann will ich auch Kanzler werden, Kanzler aller Bürger.** Dabei kämpfe ich nicht um Koalitionen, sondern um die Koalition der Wähler, die absolute Mehrheit der Mandate. Ich bewerbe mich dann nicht um das Amt des Oppositionsführers oder des Fraktionsvorsitzenden. Ich finde, die Bundestagsfraktion hat uns unter Jochen Vogel den 12. Mai leicht gemacht. Wenn sie nicht in diesen Jahren eine so hervorragende, fleißige, politisch pointierte Arbeit getan hätten in der Bundestagsfraktion, in der Opposition und oft gegen die Schallmauer der öffentlichen Meinung, hätten wir es auch nicht so geschafft. Ich sage danke Hans-Jochen Vogel und der Bundestagsfraktion. Schaffen können wir es nur, wenn wir die Partei bundesweit so mit Zuversicht, so mit Hoffnung, so mit Siegeswillen infizieren, wie die Partei vor dem 12. Mai in Nordrhein-Westfalen war. Aber dann, wenn wir das tun, dann können wir dieses schwierige Ziel erreichen. Die, die jetzt in Bonn regieren, haben natürlich ihre Trickkiste schon geöffnet. Die ganze Geißlerei ist erkennbar. Da wird man versuchen, die SPD und den Rau auseinanderzudivide-

ren. Da wird man fragen, wessen Mann das eigentlich wäre. Die Antwort kann ich klar geben: Ich laß' mich nicht abtrennen von der Partei. In den 8 Jahren, in denen ich Landesvorsitzender hier in Nordrhein-Westfalen bin, glaube ich, haben wir das miteinander geschafft, daß es zwischen den Mitgliedern und Delegierten und dem Vorsitzenden keine Kluft gegeben hat. Und das bleibt so, darauf können sich die politischen Gegner einstellen. Nun könnte man, liebe Genossinnen und Genossen, natürlich sagen: Wir haben jetzt soviel vom 12. Mai geredet. Der Sieg ist haushoch, jetzt kommt eine richtige Pause. Ich kann Euch das leider nicht versprechen. Denn wir haben zwar viel geleistet in den vergangenen 2 Jahren, und wir haben den Spannungsbogen über 3 Wahlen



durchgehalten. Wir haben mehr Erfolg gehabt, als die anderen uns zugetraut hatten, auch mehr, als wir selber uns zugetraut hatten. Und natürlich habe ich Verständnis für den Wunsch, erstmal Luft zu holen und neue Luft zu sammeln.

Vier große Aufgaben warten auf uns

Aber wir stehen vor vier großen Aufgaben, die wir gemeinsam bewältigen müssen.



Erstens: In den nächsten Monaten erarbeiten wir in unserer Partei ein wirtschaftspolitisches Programm. Da wollen wir den Bürgern sagen, wie wir den Weg in die Industriegesellschaft von morgen gehen möchten. Die Kommission Wirtschafts- und Finanzpolitik schreibt einen ersten Entwurf. Und daraus kann ein wirkungsvolles Programm werden, wenn wir uns als Partei aktiv beteiligen. Wenn es um Arbeit und Umwelt geht, dann sind die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen die erste Adresse. Und darum müssen unsere Arbeiten einmünden in dieses wirtschaftspolitische Programm, das dann beim Kongreß im Mai vorgestellt wird.



Zweitens: Bis zum Sommer muß das Wahlprogramm für die Bundestagswahl stehen. Dieses Programm soll meine Handschrift tragen, aber doch nicht so, daß ich es mir allein ausdenke. Ich brauche dazu Eure Anregung, Eure Ideen, Eure Hilfe. Und ich bitte um Eure Mitarbeit. Drittens: Ende August wollen wir in Nürnberg erstmals über die Überarbeitungsvorschläge zum Godesberger Programm diskutieren. Die Programmdiskussion, die Willy Brandt selber leitet, ist dabei, uns Entwürfe vorzulegen. Und da kommt es doch noch mehr als bei den beiden Aufgaben, die ich eben genannt habe, darauf an, wie wir

und mit wem wir über unser Programm diskutieren und wie wir zu einem Ergebnis kommen. Wir müssen die Bezirke und Unterbezirke in diesen Diskussionsprozeß einschalten. Wir müssen darauf achten, daß mittel- und langfristiges Wollen und das aktuelle Tun so in Verbindung bleiben, daß die Menschen das nachvollziehen können.

Und schließlich viertens: Von diesem Parteitag im August '86 bis zum Januar 1987 liegt dann auf uns allen die Last des Bundestagswahlkampfes, eines schwierigen, eines Winterwahlkampfes, eines Medienwahlkampfes. Da geht es darum, daß die gewollte Epoche zur vergangenen Episode wird.

„Wir brauchen als Gesamtpartei die Sonderleistung im Stammland NRW.“

Die unerläßliche Voraussetzung dafür, liebe Freunde, ist doch, daß im Stammland der SPD in Nordrhein-Westfalen eine klare eindeutige Wählermehrheit sich für die soziale Demokratie entscheidet. Da liegt die Meßlatte hoch, sie liegt in absoluten Stimmen noch höher als bei der Landtagswahl. Wir brauchen als Gesamtpartei die Sonderleistung in unserem Stammland, damit die Schlaglöcher in anderen Regionen ausgefüllt werden können. Das sind vier Zusatzaufgaben. Neben dem, was die Normalaufgaben sind. Was sind die Normalaufgaben? Vertrauen bewahren, neues bilden. Neue Freunde gewinnen und uns stützen auf die bewährten Freunde in den Gewerkschaften, in den Verbänden, in den Kirchen. Soziale Gerechtigkeit voranbringen, sozialen Frieden sichern, mehr Mitbestimmung. Wir haben eine große Chance, den künftigen Weg unserer Partei und unserer Gesellschaft zu bestimmen. Solidarisch miteinander und solidarisch mit den Menschen, die uns brauchen. Ich danke Euch, daß Ihr diesen Weg mitgeht.



6. Bericht des Landesgeschäftsführers

schriftlich vorgelegt von Bodo Hombach



Es fällt leicht, an einem Tätigkeitsbericht mitzuwirken, der über erfolgreich abgeschlossene Kampagnen und Wahlkämpfe Rechenschaft abzulegen hat.

Es ist eine Selbstverständlichkeit und völlig angemessen, erhaltenes Lob für Konzeptions- und Managementenerfolge ungeteilt weiterzugeben an die Kolleginnen und Kollegen im Landesbüro, an die vielen Helferinnen und Helfer, an die Bezirke, Unterbezirke und Ortsvereine. Niemand wird mir verdenken, wenn ich den Bezirksgeschäftsführern Franz Huppertz, Gerd Kompe, Karl-Heinz Otten und Friedel Uthe, auf deren kollegiale Unterstützung und hilfreichen Rat ich jederzeit rechnen konnte, in besonderer Weise danke.

Es ist durchaus gut und angemessen, sich über gemeinsam erkämpfte Siege zu freuen. Das gibt Mut, Motivation und Selbstvertrauen. Es ist aber falsch, sich allzulange damit aufzuhalten. Es bleibt sehr vieles zu tun, um im Interesse der Menschen in Nordrhein-Westfalen die Position der Sozialdemokratie noch weiter auszubauen.

Die weitere Qualifizierung der Organisationsarbeit der Partei wird im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen, anknüpfend an die bisher geleistete Arbeit und das Wis-

sen aus unserer Ortsvereinsstudie. Die in den Wahlkämpfen bewährte kollegiale und enge Kooperation zwischen Landesverband, Bezirken und Unterbezirken ist zu pflegen und noch weiter zu stärken. Es gibt keine Konkurrenz oder Rivalität zwischen den einzelnen Ebenen, sondern nur eine sinnvolle, sich ergänzende Arbeit für die gemeinsame Aufgabe.

Nur gemeinsam sind wir erfolgreich: So wie sich jeder Ortsverein die Erfolge bei der Bundestagswahl wünscht, ist gleichzeitig jede erfolgreiche Gemeinde ein unentbehrlicher Baustein für den Sieg des Ganzen.

Die nordrhein-westfälische CDU hat nach ihrer herben, schweren Niederlage lange deren Grundlagen und Ursachen untersucht. Eine Konsequenz daraus ist der Beschluß, einen gemeinsamen Landesverband zu gründen. Die CDU geht damit einen richtigen Weg, sie hat Wesentliches von uns gelernt. Die Gründung des nordrhein-westfälischen Landesverbandes im Jahre 1960 durch die vier Bezirke war und ist entscheidend dafür, daß Nordrhein-Westfalen, das nie ein Stammland der Sozialdemokratie war, nun ein wirkliches Stammland für unsere Partei geworden ist. Es war eine weitsichtige Entscheidung der vier nordrhein-westfälischen SPD-Bezirke, sich zu einem starken Landesverband zusammenzuschließen. Das haben die hinter uns liegenden drei Wahlkämpfe wieder einmal eindrucksvoll bestätigt.

Ein geeilter CDU-Landesverband könnte die politische Gewichtung innerhalb der Bundes-CDU entscheidend verändern. Nordrhein-Westfalen würde dadurch politisch gestärkt und gleichzeitig die Landes-CDU ein für uns erster zu nehmender Gegner. Auf diesen Fall müssen wir uns auf allen Organisationsebenen, auch beim Landesverband, vorbereiten, damit wir weder organisatorisch noch inhaltlich in die Defensive geraten.

Das wirkliche Geheimnis der Kraft der nordrhein-westfälischen SPD hat die CDU aber noch nicht begriffen, und sie wird es auch nur schwerlich kopieren können: Die schlagkräftige Organisation, in der vier Bezirke, 54 Unterbezirke und 1 800 Ortsvereine, die Arbeitsgemeinschaften wie die Genossinnen und Genossen vor Ort zusammenarbeiten.

Die Schlagkräftigkeit der gesamten Partei-Organisation muß in der Zukunft erhalten und noch weiter ausgebaut werden. Wir müssen neue Mitglieder werben und die gesamte Organisation noch kompetenter machen. So ist mit der Fraktion verabredet, daß sie sich ab sofort an der Herausgabe der Ortsvereinsnachrichten für Funktionäre und Mandatsträger beteiligt, um noch hautnaher die Landespolitik auch dem einzelnen aktiven Mitglied im Ortsverein nahezubringen. Die Landesregierung wird anläßlich der 40-Jahr-Feier Nordrhein-Westfalens mit einem NRW-Tag im September 1986 das Landesbewußtsein der Bürgerinnen und Bürger vertiefen und pflegen und damit eine sozialdemokratische Initiative aufgreifen und vollenden.

Die gesamte Partei in Nordrhein-Westfalen muß sich jetzt vorbereiten auf 1987, auf das siegreiche Bestehen bei der

Bundestagswahl. Wir werden wie zur Landtagswahl alles auf eine Karte setzen müssen, wir setzen voll auf Sieg und das mit Recht. 1987 kann es uns gelingen, der Wende in den Arm zu fallen und den Sozialabbau zu stoppen. 1991 könnte es dazu bereits zu spät sein. Die Organisation muß jetzt Kraft tanken, um neuen Schwung nach den anstrengenden drei Wahlkämpfen der letzten zwei Jahre zu finden.

Bewährtes und Begonnenes muß ausgebaut und verfestigt werden. Es ist ein Problem, daß viele SPD-Mitglieder sich nicht aktiv am Leben und an der Arbeit der Partei beteiligen. Das muß uns selbstkritisch stimmen. Hier ist noch ein großes Potential zu erschließen.

Die Chancen sind gut: Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten haben Geschlossenheit, Zusammengehörigkeit und ein Gemeinschaftsgefühl wie niemals zuvor bewiesen und gezeigt. Viele Außenstehende verspürten daraufhin den Wunsch, dazuzugehören, mitzumachen und mitzugestalten.

Das Gefährlichste wäre jetzt, daß wir uns auf unseren Lorbeeren ausruhen, deshalb müssen wir uns jetzt verstärkt an der Programmdiskussion der Gesamtpartei beteiligen, uns auf allen Politikfeldern zu Wort melden. Die Leistung der Organisation muß es dabei sein, Beteiligungsmöglichkeiten auch für die Menschen und Gruppen zu schaffen, die uns bislang noch fernstanden.

In diesem Zusammenhang ist es mir wichtig, die Leistungen eines Vereins zu erwähnen, der viel dafür getan hat, das Gespräch zwischen Sozialdemokraten und Andersdenkenden, zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, Hochschulangehörigen, Künstlern und Verantwortlichen in Wirtschaft und Publizistik zu intensivieren. Der Verein der Freunde Nordrhein-Westfalens hat keinen Hehl daraus gemacht, der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften nahezustehen. Der Verein hat auch durch eine Vielzahl von Publikationen, wie das 10 000-fach verkaufte Buch über die Geschichte der Menschen in Nordrhein-Westfalen, die Beachtung und Unterstützung der Partei verdient.

7. Bericht der Gleichstellungskommission durch Ilse Ridder



Liebe Genossinnen, liebe Genossen!
Ich stehe jetzt vor zwei Schwierigkeiten: einmal muß ich nach Johannes Rau reden, zum anderen spreche ich über ein Thema, das überhaupt nicht beliebt ist. Trotzdem hoffe ich – und da wende ich mich insbesondere an die Genossen –, daß Ihr Verständnis habt, wenn ich zu diesem doch sehr unbeliebten Bereich „Gleichstellung“ einmal mehr rede. Zu einem Thema, das sicherlich einigen Genossen zum Halse heraushängt. Einerseits habe ich Verständnis dafür. Aber, Genossinnen und Genossen, wenn ich hier spreche, dann tue ich das nicht aus reinem Selbstzweck, sondern weil dies für die Frauen eine lebenswichtige Frage ist. Auch wir möchten sie gerne zu den Akten legen, aber bitte dann nur mit einem positiven Eriedigungsvermerk. Dann hätten wir das Thema nämlich endlich geregelt. Wenn wir so hartnäckig an der Sache bleiben, das nehmt den Frauen in der Partei einmal ab, daß wir es auch deshalb tun, weil wir möchten, daß die SPD mehrheitsfähig bleibt. Und wenn der Johannes Rau gerade gesagt hat, daß er Kanzler werden möchte für alle Bürgerinnen und Bürger, dann kann ich nur sagen und bestätigen, daß wir Frauen in Nordrhein-Westfalen dies auch wollen und daß wir ihn dabei solidarisch unterstützen werden.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
ein schriftlicher Bericht der Gleichstellungskommission liegt Euch vor. Ich möchte aufgrund der aktuellen Diskussion in der Partei ein paar mündliche Ergänzungen machen.

Wenn die Forderungen der Frauen in der Partei nach mehr Beteiligung immer massivere Formen annimmt, so darf dies eigentlich niemanden verwundern. Außenstehende wundern sich vielmehr über die Geduld und Diszipliniertheit, mit der Parteifrauen manches über sich ergehen lassen!

Trotz politischer Programmatik, trotz vieler Beschlüsse – in jüngster Zeit zunehmend einvernehmlich – lassen die Erfolge innerparteilicher Gleichstellungsbemühungen auf sich warten. So hatte der Bundesparteitag in Essen die Partei erneut in die Pflicht genommen, Ernst zu machen mit einer angemessenen Frauenbeteiligung auf allen Ebenen, bei allen Ämtern und Mandaten und als Ziel eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen anzustreben.

Frauen hatten noch Glück

Und was ist daraus geworden z. B. in NRW? (Woanders sieht es auch nicht wesentlich besser aus!)

Im neuen Landtag sitzen unter 125 Mandatsträgern ganze 9 Frauen = 7,2 Prozent. Damit hatten wir noch unverschämtes Glück, weil 5 Frauen völlig unerwartet ihren Wahlkreis gewannen. Am Kabinetttisch sitzt eine Frau neben 10 Männern. Wir kennen alle die Zwänge, die dazu geführt haben. Bitter für die Frauen dabei ist, daß eben immer alle anderen Zwänge schwergewichtiger sind, als der Zwang, Frauen angemessen zu beteiligen!

Zwischen Beschlußlage und praktischer Politik bestehen tiefe, unüberwindliche Gräben.

Stellen uns dem Konflikt

Die Frauen wollen und werden diesen Widerspruch in der Partei nicht länger hinnehmen und werden sich diesem Konflikt stellen. Ich möchte die Genossen warnen, den Konflikt zu bagatellisieren und sich mit dem Gedanken zu trösten, es handele sich um eine Auseinandersetzung nur mit einigen Exotinnen, einigen Feministinnen in der ASF, die diesen Zauber veranstalten.

Frauen in den Gewerkschaften, Frauen in der AfA, junge Frauen, Frauen bei den Jusos, Frauen in den Kommunalparlamenten, Frauen in der Kirche, Frauen in den Verbänden, sie alle empfinden diese Benachteiligungen allesamt gleichermaßen bedrückend.

Ungleichheiten, Benachteiligungen von Frauen existieren nämlich in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen, und Frauen empfinden sie zunehmend stärker, ihr braucht nur einmal die Ohren dafür zu öffnen.

Seht Euch nur mal die Lage der Mädchen und Frauen in der beruflichen Bildung und auf dem Arbeitsmarkt an: viele befinden sich in einer Sackgasse, auf einer Straße ohne Zukunft.

Ich sehe meine Aufgabe als ASF-Landesvorsitzende, die unterschiedlichen Interessen dieser Frauen, die doch gemeinsame Forderungen haben, zu bündeln und Sprachrohr zu sein für alle.

Die innere Ablehnung wächst

Jedes Auseinanderdividieren ist da schädlich und zwecklos.

Die Beteiligung von Frauen in der Landespolitik z. B. zeigt mit aller Deutlichkeit, daß Beschlüsse, die zwar formal einmütig gefaßt und zu den Akten gelegt werden, uns nicht weiterhelfen. Ich glaube nämlich, und dies bestätigt mir eine Reihe Erfahrungen, daß zwar die offene Ablehnung progressiver Frauenförderungsbeschlüsse seltener wird, die innere Ablehnung aber größer: da wird dann mit der Faust in der Tasche und Wut im Bauch zugestimmt, weil offene Ablehnung derzeit nicht gerade opportun ist.

Wir befinden uns in einer Mangelsituation: Mangel an Ausbildung, Mangel an Arbeitsplätzen – Doppelverdiener, gemelnt sind natürlich die Verdiennerinnen – Mangel an Zuwachsraten, mit denen in der Vergangenheit vieles ausgeglichen werden konnte. Auch die Mandate und Ämter, auf denen heute Männer sitzen, lassen sich nicht beliebig vermehren.

Genossen empfinden deshalb die Forderungen der Frauen als persönliche Bedrohung. Dies ist menschlich verständlich. Deshalb wird ein Mehr an Frauenbeteiligung auch nicht ohne harte, aber wie ich hoffe, faire Auseinandersetzung abgehen. Dies muß man wissen und einkalkulieren.

Wie kommen wir aber nun praktisch weiter?

Die Gleichstellungsarbeit in der SPD braucht prominente Fürsprecher. Johannes Rau und andere führende Genossen, z. B. die Bezirksfürsten, die schließlich nicht ohne Grund diesen Spitznamen führen und auch die Unterbezirksvorsitzenden müssen sich verstärkt dieser Aufgabe annehmen, wenn es ihnen ernst ist mit der Frauenbeteiligung, und wenn sie in NRW einen Durchbruch schaffen wollen.

Die Basis muß sich stellen

Auch die Basis, die Ortsvereine, müssen sich dieser Aufgabe stellen. Nur wenn wir den Frauen in den Ortsvereinen und den Kommunalparlamenten mehr Chancen und Aufgaben geben, werden sich auch mehr Frauen für höhere Ebenen profilieren können! Wir wollen also nicht die Außeneinsteigerin, die Höhenfliegerin; die Frauen wollen in der Partei ihren Weg machen.

Wenn es der Partei Ernst ist mit den Frauen, habe ich vorhin gesagt. Ist es ihr wirklich Ernst damit? Ist es Zufall oder Ausnahme, wenn man nach der NRW-Wahl hier und da den Spott hören konnte: „Was wollt ihr denn eigentlich, wir haben die Wahlen doch auch ohne Frauen im Kabinett gewonnen“?

An dieser Aussage gibt es wohl zunächst keinen Zweifel. Johannes Rau hat die Wahlen in NRW mit einem hervorragenden Ergebnis gewonnen.

Es fragt sich nur, wie lange noch ist das haltbar. Umfrageergebnisse signalisieren uns deutlich, daß nicht nur Frauenthemen immer größere Bedeutung gewinnen, sondern auch die Frage gleichberechtigter Beteiligung von Frauen an Ämtern und Mandaten.

Neues Bewußtsein bei Frauen

Dieses neue Bewußtsein ist insbesondere bei Frauen verankert und entkräftet alte Vorstellungen, daß Frauen keine Frauen wählen.

54 Prozent der Befragten finden eine stärkere personelle Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten sehr gut. Überdurchschnittlich stark identifizierten sich SPD-Anhänger (62 Prozent) und die der Grünen (69 Prozent), mit der Forderung nach einer paritätischen Besetzung. Bei den Frauen reagieren 60 Prozent auf einen solchen Vorschlag positiv, 67 Prozent der SPD-Frauen und gut 75 Prozent der Anhängerinnen der Grünen.

So wichtig gerade für die Frauen eine sozialdemokratisch orientierte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist (die Frauen brauchen da die SPD, dies ist ganz klar), die Frage der eigenen Interessenvertretung von Frauen durch Frauen gewinnt dabei immer mehr an Bedeutung. Dies bestätigt auch die Tatsache, daß der Frauenanteil bei den Neuzugängen der Partei stetig wächst und in einigen Regionen 40–50 Prozent erreicht hat.

Frauen machen wirkungsvolle Politik

Und diese Frauen machen für die SPD wirkungsvolle Politik. Beispiel: kommunale Gleichstellungsstellen.

Nach der Änderung der Gemeindeordnung, die die Gemeinden jetzt aufruft, den Verfassungsauftrag der Gleichberechtigung ernst zu nehmen und umzusetzen, hatten immerhin 70 Prozent der Unterbezirke die Forderung nach kommunalen Gleichstellungsstellen in ihr kommunales Wahlprogramm aufgenommen.

Die SPD und die Frauen nahmen damit der Partei der Grünen ein Thema weg, das diese gerne auf ihre Fahnen geheftet hätte. Dieses Thema hat viele Frauen innerhalb und außerhalb der SPD wieder motiviert und neue Sympathien für die SPD geschaffen. Kein anderes Thema hat im Kommunalwahlkampf und im Landtagswahlkampf neben der frauenfeindlichen Bonner Politik eine so zentrale Rolle für die Frauen gespielt, wie die kommunalen Gleichstellungsstellen, mit denen man wirklich hautnahe Politik machen kann, sozusagen Politik zum Anfassen. Da wird spürbar, daß die Probleme von Frauen ernst genommen werden und konkrete Hilfe geleistet wird.

Dank an alle die, die im kommunalen Bereich mitgeholfen haben, Gleichstellungsstellen aufzubauen: ich gehe davon aus, daß bis Ende 1986 in NRW ein Netz von kommunalen Gleichstellungsstellen bestehen wird. Dies ist ein Beispiel für die Vorreiterrolle der SPD.

Es fehlt nicht an Qualifikation

Wenn es um innerparteiliche Gleichstellung geht, kommt häufig der Qualitätsvorbehalt. „Es fehlen uns einfach gute Frauen“, so argumentiert man. Aber Genossen, noch nie gab es so viele gut ausgebildete und politisch engagierte Frauen in der BRD. Den Frauen fehlt nicht so sehr die Qualifikation, sondern eher der Mut, sich für Führungspositionen zu bewerben, und dafür gibt es gute Gründe.

Frauen brauchen eben auch die Möglichkeit, vor Ort in der Partei oder in den Fraktionen Erfahrungen zu sammeln, sie brauchen und wollen die gleiche Unterstützung und Toleranz, wie sie männlichen Bewerbern um Spitzenpositionen zukommen, die, nachdem sie von der Führungsgruppe auserkoren worden sind, wie von einem Schutzmantel umhüllt ihre Karriere vollenden. Wie anders sieht es da manchmal bei Frauenkandidaturen aus! Qualität ist gefragt. Dabei ist es ja nicht so, daß alle männlichen Würdenträger und Amtsinhaber nur große „Leuchten“ sind. In der großen Schar von Männern können sie nur viel besser untertauchen als die Frauen, die in ihrer Vereinzelung viel stärker auffallen. Wieviel leuch-

tende Beispiele von Frauen gibt es schon heute: seht Euch einmal unsere drei Oberbürgermeisterinnen an, unsere Mandatsträgerinnen, Fraktionsvorsitzenden, Ministerinnen, die sind engagiert und tüchtig und noch fleißig dazu!

Umfragen sind ein Alarmsignal

Genossinnen und Genossen, der CDU sind die Frauen in Scharen bei der letzten Wahl davongelaufen, aber sie laufen nicht automatisch zu uns, bzw. sie bleiben nicht bei uns, wenn wir nicht mehr dafür tun. Ein Alarmsignal sollte es für uns sein, daß Meinungsumfragen zufolge die Partei der Grünen die besten Noten als Vertretung von Fraueninteressen erhält:

24 Prozent der Befragten trauen dieser Partei am meisten zu, die SPD folgt mit 13 Prozent vor der CDU/CSU mit 11 Prozent.

Besonders die jüngeren Frauen suchen ihre Zukunft verstärkt bei den Grünen.

Die innerparteilichen Bemühungen, die Willy Brandt jetzt eingeläutet hat, haben also auch ganz handfeste Gründe. Wir können in der Partei Erfolg haben, wenn Idealisten und Pragmatiker sich in dieser Frage die Hand reichen.

Überzeugte Sozialdemokraten müssen eigentlich für die Frauenbeteiligung eintreten, weil sie ein zentrales Ziel der SPD ist. Und damit ist es auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, dieses Ziel wenigstens in den eigenen Reihen zu verwirklichen.

Wie können wir sonst Betriebe und Unternehmen in die Pflicht nehmen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen, wie können wir Frauenförderpläne im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft verlangen, wenn wir es in unserer Partei nicht schaffen.

Pragmatiker, Wahltaktiker und Mitläufer müßten aus wohlverstandem Eigeninteresse auch mitmachen, denn die Frauen und die Frauenpolitik sind ein wichtiges Standbein der SPD. Deshalb Genossen, die Faust aus der Tasche und mit Herz und Verstand die Frauen in der Partei unterstützen, damit wir unser gemeinsames Ziel erreichen.

Die erste Herausforderung steht vor der Tür.

Auch in NRW wollen wir mindestens so viele weibliche Mandatsträger wie es dem Mitgliederanteil in der Partei entspricht, d. h. mindestens 25 Prozent.

Wir haben z. Zt. von 63 Abgeordneten 7 Frauen, also 11 Prozent. Zielvorstellung für NRW wären 16-19 weibliche Abgeordnete.

Frauen mehr absichern

Dieses Ziel können wir nur erreichen, wenn Frauen sowohl in aussichtsreichen Wahlkreisen aufgestellt, wie auch durch aussichtsreiche Listenplätze abgesichert werden. Die Kandidatinnen und Kandidaten werden in den Unterbezirken aufgestellt, niemand kann sich hier aus der Verantwortung stehlen. Was bei der Kandidatennominierung vor Ort versäumt wird, kann später per Liste nicht mehr reguliert werden.

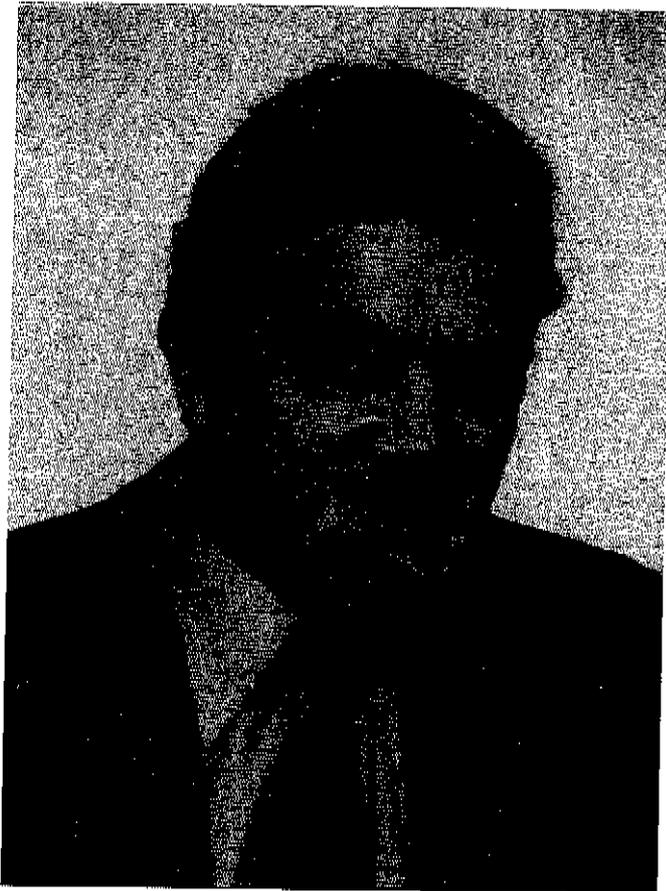
Ein erster Schritt auf diesen Wege wäre, wenn wir heute den vorliegenden Entschließungsantrag einstimmig verabschieden und damit den solidarischen Willen dieses Parteitages dokumentieren.

Ich meine, wir dürften Johannes Rau bei dieser schwierigen Frage nicht alleinlassen, denn er kann diese Aufgabe der Frauenbeteiligung auch nicht allein umsetzen. Wir sollten ihm und den Frauen solidarisch helfen und dann in Bonn gemeinsam die Mehrheit verändern. Die SPD

konnte sich eigentlich immer auf die Frauen verlassen. Die SPD wird sich auch in Zukunft auf die Frauen verlassen können. Und ich sage hier ganz einfach mutig und ungeschützt: „Die Frauen können sich auch weiter auf die SPD verlassen.“

8. Bericht des Vorsitzenden der Landeskontrollkommission

schriftlich vorgelegt durch Rainer Verhoeven



Die auf dem Landesparteitag am 26. Juli 1983 in Duisburg gewählte Landeskontrollkommission konstituierte sich in der am 23. September 1983 einberufenen Sitzung. Zu ihrem Vorsitzenden wählte sie Rainer Verhoeven, zum Stellvertreter Wilfried Mittelberg. Außerdem gehören der Kontrollkommission Klaus Böbisch, Ferdi Franke und Jörg Grahl an.

Innerhalb des Berichtszeitraumes fanden 6 Sitzungen mit 2 Jahresabschlüssen statt.

Die im Rechenschaftsbericht zum 7. Ordentlichen Landesparteitag befürchtete schwere Finanzierungskrise des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen ist aus unterschiedlichen Gründen nicht eingetreten. Außerdem konnten, anders als im letzten Geschäftsbericht erwartet, ausreichende Mittel für den Landtagswahlkampf zur Verfügung gestellt werden. Die Planung, Führung und Finanzierung des Landtagswahlkampfes ist im Berichtszeitraum wohl die wichtigste Aufgabe des Landesverbandes und des Landesbüros gewesen. In diesem Sinne hat auch die Landeskontrollkommission gemeinsam mit der Finanzkommission des Landesvorstandes, unter Vorsitz von Fritz Ziegler, mit Landesgeschäftsführer Bodo Hombach die finanziellen Angelegenheiten des Landesverbandes überprüft.

Daß es nicht zu der vorausgesagten und nach dem damaligen Kenntnisstand durchaus möglichen Finanzkrise kam, ist einmal dem überwältigend guten Landtagswahl-

ergebnis zu verdanken, außerdem der Anpassung der Wahlkampfkosten-Rückerstattung sowie der äußerst sparsamen Haushaltsführung des Landesverbandes.

Die Finanzkommission, unter Vorsitz von Fritz Ziegler, hat im Auftrag des Landesvorstandes seit 1980 kontinuierlich eine langfristige Finanzplanung erarbeitet, die zunächst bis 1985, mittlerweile bis in die 90er Jahre fortgeschrieben wurde. Diese wohl in einzigartiger Weise detaillierte Finanzplanung, die voll das Prinzip der „gläsernen Taschen“ erfüllt, geht zurück auf Forderungen der Landeskontrollkommission, die auf eine derartige Finanzplanung bestehen mußte, um gewiß zu sein, daß für die jeweils anstehenden Wahlkämpfe ausreichende Finanzmittel aufgewandt werden können.

Es ist irrig, anzunehmen, Parteien könnten aus der Wahlkampfkosten-Rückerstattung der öffentlichen Hand Mittel für ihre Parteilarbeit gewinnen. Das wäre eindeutig ungesetzlich und außerdem verschlingen moderne Wahlkämpfe mit den vielfältigen Kosten, zum Teil über die gesamte Legislaturperiode, und auf die ganze Partei betrachtet, mit Sicherheit mehr als den Betrag, der durch die Wahlkampfkosten-Rückerstattung gedeckt wird.

Die Landeskontrollkommission begrüßt es, daß der Landesgeschäftsführer in Absprache mit Fritz Ziegler die Wahlkampfkosten, umfassend wie nie zuvor und nicht nur auf die letzte heiße Wahlkampfphase bezogen, errechnet und vorgelegt hat. Dabei möchte ich besonders lobend erwähnen, daß die durch einen unabhängigen Unternehmensberater errechneten und belegten Wahlkampfkosten in Höhe von 17 404 257,88 DM mit einer Abweichung von nur 2 000,- DM einem Kostenvorschlag entsprachen, den Bodo Hombach zuvor zur Genehmigung vorgelegt hatte.

Bei einer derartigen Fülle von Einzelmaßnahmen und Projekten bei einem so hohen Finanzvolumen ist das eine bemerkenswerte Leistung der Betriebsführung, die zudem noch in Zusammenhang damit steht, daß es dem Landesgeschäftsführer von Jahr zu Jahr gelungen ist, den ihm gesetzten Kostenrahmen, der zunächst als viel zu niedrig galt, exakt einzuhalten. Wie auch im vergangenen Berichtszeitraum hat es dabei in ganz erheblichem Umfang innerhalb der einzelnen Ausgabenblöcke zwischen Soll und Ist Abweichungen gegeben. Generell ist dabei das Prinzip erkennbar, daß sämtliche technischen Kosten, Büro- und Personalkosten, sowie auch insbesondere Ansätze für Delegationsreisen u. ä. wie auch bereits im vergangenen Berichtszeitraum weit unterschritten wurden, während Ansätze für Aktionen und Publikationen deutlich überzogen wurden. Die Landeskontrollkommission stellt dies fest, bewertet es aber aus politischen Gründen, da jeweils der Gesamtrahmen mit Abweichungen von manchmal nur wenigen Hundert Mark eingehalten wurden, als positiv.

Der neue Landesvorstand sollte aber gemeinsam mit der Finanzkommission eine politische Diskussion über neue Kostenansätze führen. Der Vorsitzende der Kommission, Fritz Ziegler, und Landesgeschäftsführer Bodo Hombach haben gemeinsam die Absicht bekundet, in Zukunft die gegenwärtigen Kostenrelationen noch weiter zugunsten politisch unmittelbar produktiver Ausgaben zu ändern.

Daß es gelungen ist, mit 17 Mio. Mark den politischen Auftrag des Landesvorstandes zu erfüllen, ist ausschließlich der Tatsache zu verdanken, daß die in der Vergangenheit angefallenen üblichen hohen Agenturhonorare weitgehend eingespart werden konnten. So wurde es möglich, in gleichem Umfange wie 1980 Wahlwerbung mit Druckschriften, Plakaten und Anzeigen zu führen, obwohl zwischenzeitlich gerade im Druck- und Papierbereich erhebliche Kostensteigerungen zu verzeichnen waren. Da offenbar auch die Qualität des Wahlkampfes nicht gelitten hat, scheint hier ein Modell entwickelt worden zu sein, das unter Kostengesichtspunkten sicherlich empfehlenswert ist.

Es wird dem Landesverband nicht erspart bleiben, in Zukunft weiterhin aufs Sparsamste zu wirtschaften, wo immer es geht, Kosten zusätzlich zu reduzieren, wenn er die Finanzierung des Landtagswahlkampfes 1990 in ähnlichem Umfange sichern will. Die Kontrollkommission begrüßt die Tatsache, daß den nordrhein-westfälischen Partei-Bezirken mit 8,1 Mio. Mark ein Betrag zur Abdeckung der ihnen anfallenden Landtagswahlkosten zur Verfügung gestellt wird.

Die Landeskontrollkommission findet die Kosten für Gremien und Arbeitsgemeinschaften und für den Sitzungsbetrieb immer noch bemerkenswert hoch.

Bereits im letzten Berichtszeitraum wurde die gesamte Buchhaltung des Landesverbandes von einem Steuerberater mit Hilfe einer externen EDV-Anlage abgewickelt. Dies ergibt ein höchstes Maß vielfältiger Kontrolle und Kostentransparenz. Der Landesverband ist hinsichtlich der Planung der Einnahmen- und Ausgabenseite sowie größerer Investitionen durch die Finanzkommission gemeinsam mit der vom Parteitag gewählten Landeskontrollkommission kontinuierlich begleitet worden. Die über die EDV-Anlage vom vereidigten Steuerberater abgewickelte Buchhaltung gewährt ständigen, detailliertesten Überblick. Das war Voraussetzung dafür, daß es der Finanzreferentin Monika Müller bislang in allen Fällen gelungen ist, Planungsansätze nicht zu übersteigen.

Wie auch im letzten Berichtszeitraum möchte sich die Landeskontrollkommission dafür bedanken, daß Monika Müller bei allen Prüfungen im Landesbüro stets alle Unterlagen umfassend, ordentlich und korrekt vorlegen konnte.

Auch die nach dem neuen Parteiengesetz vorgeschriebene und im Landesverband bereits durchgeführte Prüfung einer unabhängigen Treuhandgesellschaft konnte gänzlich ohne Beanstandungen und mit ausdrücklichem Lob in kürzester Zeit durchgeführt werden.

Die Landeskontrollkommission hat in Monika Müller, in Fritz Ziegler und Bodo Hombach Partner, die aufs engste zusammenarbeiten und stets ihr gemeinsames Streben in der ökonomischsten Lösung politischer Aufgaben sahen. Ich möchte diesen Bericht aber nicht schließen, ohne meine Sorgen für die Zukunft zu Protokoll gegeben zu haben. Die hohe Wahlkampfkosten-Rückerstattung kann allzu viele in der falschen Illusion wiegen, für den Landesverband seien nun dauerhaft alle Finanzprobleme beseitigt.

Der Parteivorstand in Bonn hat bereits sehr nachdrücklich den zunächst als Zuschuß gewährten Beteiligungsbetrag wegen des guten Wahlkampfresultates zurückgefordert. Ein Rückzahlungsverfahren ist zwischen Hans-Jürgen Wischnewski und Fritz Ziegler bereits vereinbart worden, was die Landeskontrollkommission nicht kritisieren möchte, aber dennoch zum Anlaß nimmt, darauf hinzuweisen, daß vielleicht schon 1990 ein neuerlicher PV-Zuschuß nötig werden könnte.

Ich habe durch meinen Bericht zum Ausdruck gebracht, daß mein Antrag zur Entlastung des Landesvorstandes und des Geschäftsführers gut begründet ist. Ich bitte auch im Namen meiner Kollegen um die Annahme meines Antrages.

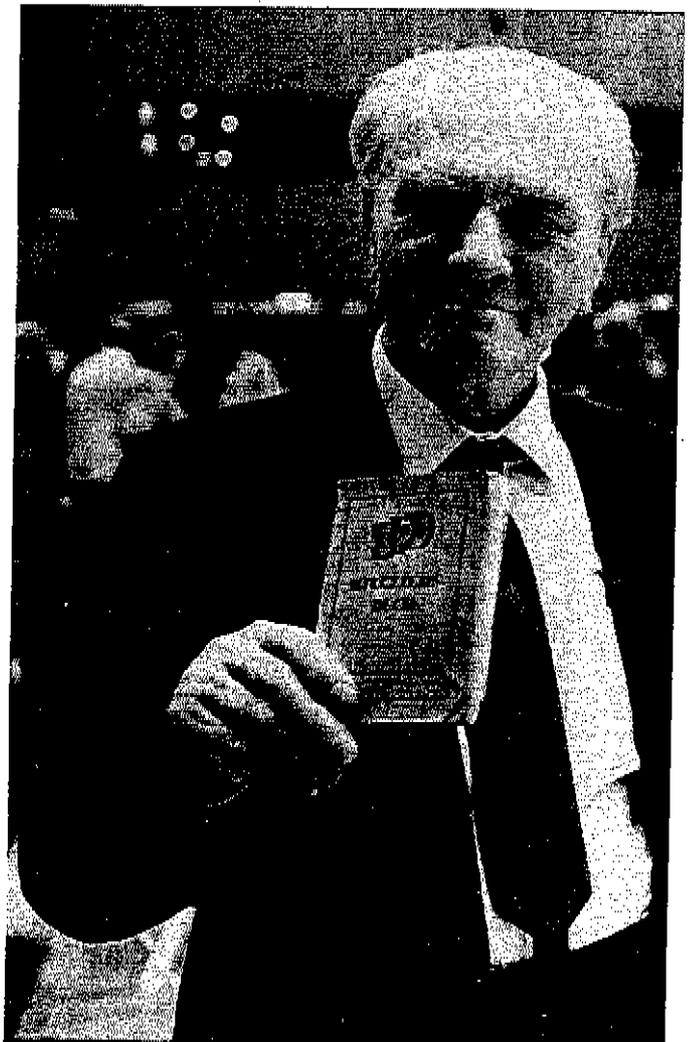
9. Aussprache

Zu den Tagesordnungspunkten fünf bis acht lagen keine Wortmeldungen vor. Der Parteitag widersprach dem Antrag der Landeskontrollkommission nicht und entlastete damit den Landesvorstand und den Landesgeschäftsführer.



Paul Zuchlinski (82): Seit 67 Jahren in der Partei aktiv

Seit 67 Jahren ist Paul Zuchlinski Mitglied der SPD. In seinem Ortsverein Oberhausen-Osterfeld ist er als unermüdlicher Wahlkämpfer und engagierter Genosse bekannt. Für die langjährige Mitgliedschaft und sein Eintreten für die Sache der Sozialdemokratie wurde Paul Zuchlinski (82) auf dem Landesparteitag von Johannes Rau geehrt. Paul Zuchlinski wurde 1903 in Polen geboren, zog mit seinen fünf Kindern nach Schlesien, wo er als Tiefbauarbeiter eine Arbeit fand. Nach dem Zweiten Weltkrieg verschlug es ihn mit seiner Familie nach Niedersachsen. In Behrensen (Kreis Nordheim) baute Paul Zuchlinski einen SPD-Ortsverein auf. Seit 1954 lebt er mit seiner Familie in Oberhausen.



10. Bericht der Mandatsprüfungskommission

Zum 8. Ordentlichen Landesparteitag waren aus den Bezirken 300 Delegierte eingeladen, dazu kommen 18 stimmberechtigte Mitglieder des Landesvorstandes, insgesamt waren also 318 Delegierte geladen. Anwesend waren 314, die sich wie folgt auf die Bezirke verteilen:
Westliches Westfalen: geladen 143; anwesend 143
Ostwestfalen-Lippe: geladen 29; anwesend 29
Niederrhein: geladen 75; anwesend 74
Mittelrhein: geladen 53; anwesend 51
Vorstand: 18 Mitglieder, anwesend 17 – ein Mitglied ist entschuldigt.

Anwesend waren also 314 Delegierte. Es fehlen 4 Delegierte. Von den Anwesenden waren 246 mit Buch, 68 ohne Parteibuch erschienen. Die Versammlung beschloß, daß den 68 ohne Parteibuch das Stimmrecht zuteil wird, dadurch sind 314 Delegierte stimmberechtigt.

